

Politik bläst zur Jagd auf den Wolf



Foto: Angelika Möhrath - Fotolia

Der Wolf: Für die einen eine Bedrohung, für die anderen eine bedrohte Tierart

Entrüstung bei Naturschützern, Jäger gehen teilweise auf Distanz, Streit um tatsächliche Anzahl der Tiere.

16.01.2018, 06:00

 56 Shares

Die Beziehung zwischen Mensch und Wolf ist seit Urzeiten keine harmonische und von der Jagd geprägt. Die Rückkehr des Raubtieres nach Österreich spaltet daher auch das Land. Die Stimmen, wonach die Tiere dringend "reguliert" und bejagt werden müssten, werden dabei immer lauter. Der jüngste Vorstoß kommt von politischer Seite. Bei einer Tagung der Agrar-Landesräte und -Referenten aller Bundesländer kam es erstmals zum Tabubruch und der öffentlichen Forderung nach einem regulierten Abschuss. Zu groß sei bereits die Zahl der "Problemwölfe", die nicht nur dem Menschen zu nahe kommen, sondern auch großen wirtschaftlichen Schaden anrichten, so der Tenor.

Die Naturschutzorganisation WWF reagiert entsetzt: "Anstatt ihre politische Verantwortung wahrzunehmen, wollen die Agrar-Landesräte den Wolf in Österreich offenbar ein zweites Mal ausrotten. Das ist völlig inakzeptabel. Tatsächlich ist der Wolf durch EU-Recht streng geschützt, Abschüsse sind nur in eng definierten Ausnahmefällen möglich", sagt WWF-Wolfsexperte Christian Pichler, der daher eine sofortige Rücknahme des Beschlusses fordert.

Die Agrarreferenten schrecken jedenfalls nicht davor zurück das heiße Eisen aufzugreifen. Für sie sei es Zeit den "Kuschelkurs" in Bezug auf die Raubtiere zu beenden. "Es gibt eine Vielzahl von Rissen auf den Almen. Außerdem werden die Tiere immer wieder in der Nähe von Siedlungen gesichtet", so die Agrarreferenten in einer gemeinsamen Erklärung.

Grundlage

Ihre Forderung lautet, dass der Schutzstatus des Wolfs auf EU-Ebene gesenkt wird, damit die Tiere legal in den einzelnen Ländern bejagt und reguliert werden können. Dabei ginge es keinesfalls um einen Totalabschuss. Man benötige allerdings die rechtliche Grundlage um eingreifen zu können, wenn es notwendig ist, meint etwa der Kärntner Agrar-Landesrat Christian Benger (ÖVP).

Im Visier

Die Jägerschaft versucht, die ohnedies kontroversielle Debatte ganz bewusst nicht durch übersteigertes Interesse an Abschüssen noch weiter anzuheizen. "Ich persönlich habe keine Freude damit, wenn wir den Wolf bejagen. Wir wollen uns nur ungern den Schwarzen Peter zuschieben lassen", sagte dazu am Montag der Tiroler Landesjägermeister Anton Larcher.

Sein Nachfolger als Geschäftsführer des Dachverbandes "Jagd Österreich", der Kärntner Landesjägermeister Ferdinand Gorton, sieht das ähnlich: "Sollte die Politik die Rahmenbedingungen für ein aktives Wolfsmanagement schaffen, kann sie auf die Jagd als Partner zählen. Die Regulierung der Großraubwildbestände ist aber kein explizites Ziel der Jagd", so Gorton. Wenn die Jägerschaft allerdings mit Abschüssen beauftragt werde, stehe man für die Erfüllung aller benötigten Aufgaben zur Verfügung.

Stark auseinander gehen indes die Meldungen über die aktuelle Zahl der Wölfe in Österreich. Bei der Tagung der Agrarreferenten war bereits davon die Rede, dass sich am Truppenübungsplatz Allentsteig in Niederösterreich drei Rudel mit bis zu 20 Tieren fix angesiedelt hätten. Für Österreichs Wolfsbeauftragten Georg Rauer handelt es sich dabei um lange kursierende Gerüchte. "Das höre ich immer wieder, aber es gibt keinen Hinweis darauf", sagt Rauer. Die Jägerschaft hätte keine Belege geliefert.

Auf dem Truppenübungsplatz leben derzeit laut Auskunft des Bundesheeres sieben bis acht Wölfe, nämlich ein Elternpaar mit Jungen aus 2017. Die fünf aus dem Wurf des Jahres 2016 dürften abgewandert sein.

(kurier Patrick Wammerl, Gilbert Weisbier) Erstellt am 16.01.2018, 06:00